

## **Anlage 2 Statement des IMK-Vorsitzenden, Georg Maier**

„Gerade in diesen Tagen, in denen unser Land beinahe stillsteht, sind die Polizeikräfte in Bund und Ländern verlässliche Vertreter eines handlungsfähigen Staates. Die Herausforderungen, die die Verbreitung des Coronavirus mit sich bringt, beanspruchen alle unsere Kräfte. Die Beamtinnen und Beamten beweisen nicht nur in dieser Situation, dass das hohe Vertrauen, welches Ihnen seitens der Bürgerinnen und Bürger entgegengebracht wird, gerechtfertigt ist.

Die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden zeigt sich aber nicht nur in der aktuellen Lage. Auch der Blick auf die Kriminalitätsstatistik des abgelaufenen Jahres beweist: Deutschland ist ein sicheres Land.

Der Rückgang der registrierten Straftaten und die weiterhin hohe Aufklärungsquote sind die Folge einer Innenpolitik in Bund und Ländern, die auf personell und technisch gut ausgestattete, vor allem aber gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten setzt. Der „Pakt für den Rechtsstaat“ hat dabei die Bemühungen der Länder untermauert, die Strafverfolgung insbesondere durch eine bessere Personalausstattung zu stärken. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit der ebenfalls verstärkten Justiz verbessert. Die Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren und die medienbruchfreie Weitergabe von relevanten Daten zwischen den Behörden sind essentielle Voraussetzungen für eine konsequente Verfolgung und Aufklärung von Straftaten.

Der deutsche Föderalismus steht dem nicht entgegen. Ganz im Gegenteil – die ebenen- und behördenübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. Ein Meilenstein dieser Zusammenarbeit ist das Projekt „Polizei 2020“. Das gemeinsame Datenhaus lässt die Bundesländer bei der Strafverfolgung enger zusammenrücken, ohne in die jeweiligen Länderkompetenzen einzugreifen. Dieses Projekt ist mir sowohl als Landesinnenminister, als auch als Vorsitzender der IMK ein besonderes Anliegen, da wir im digitalen Raum nicht ins Hintertreffen geraten dürfen. Das gilt für die genutzte Technik und den unbedingt zu garantierenden Datenschutz genauso, wie für die Polizeiarbeit im digitalen Raum.

Die Kriminalstatistik des vergangenen Jahres zeigt in genau diesem Bereich deutliche Zuwächse. Manipulation, Sabotage und Betrug mittels Computern ist ein stetig wachsendes Deliktsfeld, dem wir präventiv und repressiv begegnen müssen. Hier sind oft ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger betroffen, deren Zugang zu modernen Medien meist beschwerlich ist und Informationen oft nur unzulänglich auf ihr Richtigkeit überprüfen können. Der hier zu verzeichnende, massive Anstieg ist nicht hinnehmbar. Die Verzahnung der Arbeit von Bundesbehörden mit den Sicherheitsapparaten der Länder ist in diesem speziellen Teilbereich außerordentlich wichtig.

Ein weiterer Fokus sollte auf der Bekämpfung des erstarkenden Rechtsextremismus liegen. Die Kriminalitätsentwicklung des Jahres 2019 hat in diesem Bereich mit dem Anschlag in Halle einen traurigen Höhepunkt gefunden. Dass die Bundesrepublik und die in ihr lebenden Menschen auch im Jahr 2020 Opfer eines weiteren Anschlags aus rassistischen Motiven wurden zeigt, dass sich die Szene weiter radikalisiert und immer öfter gewaltsam wird. Nach vorangegangener Hetze im Netz, entlädt sich der Hass

gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit ausländischen Wurzeln, öffentlichen Bediensteten oder wahllos ausgewählten Opfern. Ein Zustand, der nicht zu akzeptieren ist.

Ich bin mir mit meinen Länderkollegen und dem Bundesinnenminister einig, dass wir unsere Bemühungen in der Bekämpfung von politischen Extremismus weiter verstärken müssen. Eine enge Koordination und ein abgestimmtes operatives Handeln der Sicherheitsbehörden ist dabei genauso entscheidend wie das gesamtgesellschaftliche Wirken gegen Extremisten.

Gemeinsam dem Hass entgegenstehen, um Deutschland stark und sicher zu machen ist also nicht nur die Devise der Innenminister und –senatoren, sondern aller Menschen in unserer Republik.“